

Ein „total überzogener Wunschzettel“

VERKEHRSWEGE Um die Ostspange ging es beim Informationsgespräch, zu dem Bündnis90/Die Grünen nach Pinzberg eingeladen hatten. Dabei warf der grüne Bundestagsabgeordnete Markus Ganserer der Staatsregierung vor, mit ihren Projekten zum Bundeswegeplan falsche Hoffnungen zu wecken.

VON UNSEREM MITARBEITER FRANZ GALSTER

Pinzberg – Unter dem Motto „Heimat bewahren – Ausbau der B 470 verhindern“ hatte der Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen zu einem Informationsgespräch geladen. Am Bahnhof in Pinzberg machte man sich ein Bild von der hier geplanten Ostspange.

Anschließend begrüßte Lisa Badum, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag, in Gosberg zum informativen Gespräch besonders MdL Markus Ganserer. Er berichtete von seiner Anfrage an die Bayerische Staatsregierung, die auch vier Straßenprojekte im Landkreis Forchheim betrifft. Mit an der Aussprache beteiligt waren der Sprecher der BIWO, Heinrich Kattenbeck, sowie als weitere Mitglieder der Bürgerinitiative Edith Fießer vom Kreisverband der Grünen, Heinz Jakob und Ludwig Stöhr. Ganserer machte der Bayer-



Ortstermin am Bahnhof Pinzberg (von links): MdL Markus Ganserer, Edith Fießer, Lisa Badum, Heinrich Kattenbeck, Heinz Jakob und Ludwig Stöhr

Foto: Franz Galster

ischen Staatsregierung massive Vorwürfe. Sie habe nach seinen Worten 400 Einzelprojekte im Rahmen des neu zu erstellenden Bundeswegeplanes nach Berlin gemeldet. Die sei ein total überzogener Wunschzettel, den zu realisieren es 150 Jahre bedürfe. Die Staatsregierung habe es ver-

säumt, eine Priorisierung vorzunehmen. Damit bringe man auch unnötig Bürger gegeneinander auf.

Im Schreiben von Staatsminister Joachim Hermann (CSU) wird für die Projekte im Bereich Oberfranken die B 470 betreffend eine Gesamtsumme von

138,1 Millionen Euro genannt. Diese teilt sich auf in Ortsumgehung Oesdorf 5,6 Millionen Euro, Ortsumgehung Wimmelbach 4,2, Ost-Ortsumgehung Forchheim 38,4 und Ortsumgehung Ebermannstadt 89,9 Millionen Euro. Erst nach der Aufnahme in den Vordringlichen Bedarf des Bedarfsplanes könne mit einer Planung begonnen werden. Die Einschätzung der Realisierungszeit bleibe im Schreiben vage.

Eine Realisierung des Ausbaus der B 470 in den vier Projekten bedeutet nach Ganserers Worten einen massiven, unvorstellbaren Eingriff in die Natur. Er plädierte dafür, nicht die Gießkanne anzuwenden, sondern mittlere und große Fernstraßen zu bevorzugen.

In Forchheim-Reuth betrage der Kfz-Verkehr laut Staatlichem Bauamt Bamberg pro 24 Stunden im Schnitt 22 000 Fahrzeuge, davon entstehen rund 77 Prozent aus dem Ziel- und

Quellverkehr. Dem entsprechend sieht Ganserer hier auch nicht die große Entlastungsmöglichkeit. Die Zahlen seien von 1990 bis 2010 nahezu konstant geblieben. Der Abgeordnete plädiert wiederholt dafür, den öffentlichen Verkehr zu stärken. Hinter Ebermannstadt ist demnach der Verkehr eher rückläufig.

Vernichtung wertvoller Flächen

Heinrich Kattenbeck als Sprecher der BIWO betonte, die Aufnahme der Ostspange in den vordringlichen Bedarf des Bundeswegeplanes müsse verhindert werden. 40 Hektar wertvolles Ackerland und Wiesen würden unwiederbringlich vernichtet. Er nennt acht Brückenbauwerke oder auch die erforderlichen Dammbauten wegen Hochwassergefahr. Dazu kämen sieben Meter Fahrbahnhöhe bei der Bahngleisquerung vor den Toren Gosbergs und eine Ausbaustrecke von 6,8 Kilometer.

Kattenbeck verweist auf den enormen Mehrverbrauch an Fläche für die zwei-, drei- oder vierspurige Fahrbahnbreite und prognostiziert zudem seitens der BIWO Kosten von mindestens 50 bis 70 Mio. Euro. Was passiert außerdem nach Ebermannstadt, wo Güter- und Speditionen nicht mehr ausweichen können, fragt Kattenbeck. Er fürchtet eine Zerstörung des Tourismus.

Seitens der BIWO nannte er drei Termine: 19. Januar Mitgliederversammlung in Wiesenthau, 20. Januar Gesprächsrunde der BIWO mit dem Staatlichem Bauamt in Bamberg, zu der 25 Fragen vorgegeben sind. Am 27. April trifft sich die BIWO zur Jahreshauptversammlung. Badum versprach, im Kreistag dafür zu sorgen, dass das Projekt Forchheim-Ostumgehung nicht kommt. Kattenbeck seinerseits teilte mit, die BIWO wolle ein eignes Verkehrskonzept erarbeiten.